



„...viele müssen  
arbeiten, ohne vom  
Verdienst leben  
zu können.“

*M. Winterkorn – Vorstand VW:  
17 Mio. Euro Prämie*

*T. Bock – Hartz IV  
374 Euro Regelsatz im Monat*

Anlässlich des 1. Mai gibt die Redaktion von Unser-Braunschweig durch ein Interview mit einem Hartz IV-Empfänger unseren Lesern einen Einblick, wie krass der Unterschied zwischen Arm und Reich auch in unserer Region geworden ist.

Wir haben dazu T. Bock, 49 Jahre, ledig, technischer Zeichner nach seinem Leben mit Hartz IV- und 1-Euro-Job befragt.

**Frage:** Thorsten, wie kommst Du jeden Monat mit dem Regelsatz über die Runden?

Ich bekomme 374 Euro für meinen Lebensunterhalt plus die Miete bezahlt. Ich muss also knausern ohne Ende, alle Einkäufe nur nach Sonderangeboten machen. Auf Qualität und gesunde Lebensmittel kann ich nicht achten. Ich bin froh, dass ich nicht rauche und trinke... Will ich mal ins Kino oder in die

Kneipe, muss ich mir das vom Munde absparen oder mich einladen lassen. Urlaub und Verreisen gibt es für mich nur auf Bildern in Katalogen oder im Fernsehen...

**Frage:** Wie bist Du arbeitslos geworden?

Ich hatte befristete Arbeitsverträge als technischer Zeichner. 2001 war ich das letzte Mal nach Tarif bezahlt. Mit etwas über 1000 Euro hatte ich doch mehr vom Leben, wobei mir die Sozialversicherungen auch mehr Sicherheit gaben. Dadurch erhielt ich nach meiner Entlassung 2001 angemessenes Arbeitslosen-

geld. Mein Alter und eine Behinderung machen meine Arbeitssuche schwierig.

**Frage:** Was sind Deine Interessen, hast Du Hobbys und kannst Du denen nachgehen?

Ich interessiere mich sehr für gesellschaftspolitische Angelegenheiten und engagiere mich gegen Ungerechtigkeiten und Umweltzerstörung. Seit Jahren bin ich in einer Erwerbslosen-Initiative zusammen mit Anderen in meiner Lage. Ich unterstütze Bürgerinitiativen in Braunschweig am Infostand, besuche kostenlose Veranstaltungen. Außerdem bin ich in einem Skat-Verein und bastele

gerne mit Holz. Den Modellbau kann ich mir nicht mehr leisten.

**Frage:** Du hast auch mal als 1-Euro-Jobber gearbeitet?

Ja, das war 2005, als ich vom Landkreis Peine die Aufforderung bekam, mich im Bauamt zu melden. Zusammen mit vier anderen ausgebildeten 1-Euro-Jobbern musste ich Vermessungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden erledigen. Dazu kam denen natürlich meine Ausbildung als technischer Zeichner zugute. Ich bekam Baupläne und musste z.B. eine Schule komplett mit Fenstern und Türen

Weiter auf Seite 4

## Bedrohung für Grundwasser und Böden



Sonntag, 1.4.2012 Infostand des AK-Fracking auf dem Kohlmarkt

Es wurden rd. 800 Hintergrundinformationen des Arbeitskreises „Mit Hochdruck und Chemikalien“ an die Passanten verteilt. Sowohl die Vorinformation der Leute als auch das Interesse, wie es denn nun in Braunschweig und landesweit in Niedersachsen mit Fracking weitergeht, waren groß.

Viele zeigten sich überrascht, dass auch nach einstimmiger Verabschiedung der Anti-Fracking-Resolution im Rat der Stadt Braunschweig die Öl/Gas-Kon-

zerne mit dieser gefährlichen Technologien noch längst nicht ausgebremst sind. Sie benötigen nämlich kaum noch ein Mitwirken der betroffenen Kommunen, und in Braunschweig hatte die Stadtverwaltung unter OB Hoffmann bereits mit Schreiben vom 1.3.2006 und dann noch einmal am 18.11.2009 den Explorationsfirmen grundsätzlich grünes Licht erteilt.

Die Einsicht reift, dass das Thema Fracking wohl ein bedeutender Wahlprüf-

stein zur niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2013 sein wird. Besuchen Sie auch die Homepage des Arbeitskreises mit allen Hintergrundinfos und Terminen der nächsten Treffen. [www.gegen-gasbohren.de](http://www.gegen-gasbohren.de)

...weitere Infos auf Seite 3



## Kein Platz mehr für Eintracht Braunschweig?

Die Wolfsburg-AG hat unter Beteiligung von Braunschweig und sechs anderer Kreise und Städte ein professionelles Konzept für die weitere Entwicklung der Region in Auftrag gegeben. Die Studie zeigt eine starke Schräglage zugunsten Wolfsburgs.

- 1. Natur:** Warum kommt das Thema „Natur“ und Erholungsraum zwar in der Projektliste - Projektsteckbriefe für Wolfsburg vor („Allerpark“, S. 469) aber nicht in Braunschweig beispielsweise mit dem Bürgerpark, Querumer Forst, Stadtpark oder Riddagshausen?
- 2. Sport/Fußball:** Warum soll Wolfsburg den Sport in der Region repräsentieren und wird der VfL Wolfsburg diesbezüglich mehrfach genannt (vgl. S. 132 u. 469), nicht so aber Eintracht Braunschweig - und das trotz viel tiefer gestaffelter Fan-Kultur und Fußball-Identität rund um Braunschweigs Eintracht? Warum findet für Braunschweig und Sport nicht einmal der Fußball-Pionier Konrad Koch Erwähnung? Siehe dazu auch „Wiege des deutschen Fußballs“: [www.braunschweig.de](http://www.braunschweig.de)
- 3. SZ-Lebenstedt als „Hermann-Göring-Stadt“?** (S. 467) Zwar findet im

**Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.**  
Spendenkonto: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)  
Kto. Nr. 151 322 195 bei der Braunschweigischen Landessparkasse (BLZ 250 500 00), Stichwort „Spende“.  
**Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!**

Projekt-Steckbrief für Salzgitter korrekt Erwähnung, dass „die Stadt Lebenstedt unter dem Planungs-Namen „Hermann-Göring-Stadt“ im Zuge des Aufbaus der Reichswerke Herman Göring“ entstanden ist.

Aber warum dann nicht so ein Projekt-Steckbrief auch für Wolfsburg, die Stadt, die parallel zu den Reichswerken Hermann Göring als KdF-Stadt (Kraft durch Freude - Volkswagen) geschaffen wurde?

**4. Wolfenbüttel/ASSE:** Was darf man sich unter dem Projektsteckbrief „Energy-Zentrum an der ASSE“ und „Science-Center an der ASSE“ (S. 468) vorstellen?

**5. Büssing:** Warum taucht der geniale Erfinder Heinrich Büssing (\*1843-†1929) zwar im Projekt-Anhang von Wolfsburg unter „Heinrich Büssing Haus“ als sein Geburtshaus auf (S. 469), nicht aber in Braunschweig, wo doch die bedeutsamen Büssing-Werke standen und wo zusammen mit dem Kaufmann Max Jüdel der Grundstein für die Marke Büssing gelegt wurde?

Mehr auf Seite 2. Fragwürdiges Konzept 2020 der Wolfsburg AG

# Eckert & Ziegler hat Plutonium und Uran verschwiegen

## Plutonium und Uran auf dem Thuner Gelände von Eckert & Ziegler

In direkter Nachbarschaft zu Wohnsiedlungen und zur Grundschule Wenden sowie dem größten Gymnasium Braunschweigs arbeitet die Firma Eckert & Ziegler mit radioaktiven Stoffen. Im Tagesspiegel hat Herr Eckert, Geschäftsführer des Konzerns, am 09.06.2011 deutlich gemacht, dass Eckert & Ziegler bei der Abwicklung der „17 Kernkraftwerke und ein paar Forschungsreaktoren“ mit vielen Aufträgen rechnet, da es nur zwei Mitbewerber gibt.

## Neuer Atommüll-Großauftrag

Im Jahresabschlussbericht 2011 von Eckert & Ziegler wird ausgeführt, dass „europaweit Dienstleistungen zur Dekontamination und zum Rückbau von kerntechnischen Anlagen angeboten (werden)“ und dass „ein in der zweiten Jahreshälfte 2011 akquirierter neuer Auftrag ... ab dem Jahr 2012 auch für steigende ... Umsätze (in BS-Thune) sorgen (wird).“

Wie konnte es zu diesem städtebaulichen Konfliktpotential kommen? Wer hat die Genehmigungen für die Firma ausgesprochen und wie werden sie überwacht?

## Die bestehenden Genehmigungen

Die Suche nach Antworten führt zum Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig. Andreas Aplowski, ein sympathischer Mittfünfziger, leitet seit 2010 die Behörde. In der Stadthalle macht Aplowski Anfang 2012 vor weit über 1.000 Bürgern das Angebot, „ein Gespräch auf Augenhöhe“ zu führen. Es kommt zu mehreren Treffen zwischen Aplowski, den zuständigen Fachkräften des Gewerbeaufsichtsamts und Vertretern der Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) sowie Robin Wood, bei der die Bürger jedoch gegen „weiche Wände“ laufen. Informationen werden entweder verweigert oder nur scheinbarweise und spärlich gegeben.

Der bisher bekannte Sachstand ist daher noch äußerst lückenhaft und

lässt sich in wenigen Punkten, die jedoch alles andere als beruhigen, zusammenfassen:

- Eckert & Ziegler besitzt eine unbefristete (!) Genehmigung für den Umgang mit „sonstigen radioaktiven Stoffen“ in enormen Mengen. Sie erlaubt den Umgang mit Uran und Plutonium. Das Gewerbeaufsichtsamt hat bestätigt, dass sowohl Uran als auch Plutonium im radioaktiven Abfallgeschäft als auch in der Medizinsparte der Firma Eckert & Ziegler vorkommen. Darüber hinaus, so haben Recherchen der BISS ergeben, besitzt Eckert & Ziegler eine Genehmigung zur „Bearbeitung, Verarbeitung und sonstigen Verwendung von Kernbrennstoffen“, die direkt vom niedersächsischen Ministerium für Umwelt ausgesprochen wurde und seit 1998 jährlich verlängert wird. Auf dem Thuner Firmengelände lagern seit 14 Jahren Kernbrennstoffe in Form von Plutonium-Beryllium-Quellen.

## Strahlungsaktivitäten

Worum geht es? Es geht um das Gefährdungspotential durch die in Thune vorhandenen radioaktiven Stoffe, um „Becquerel“ und „Freigrenzen“. Becquerel ist die Maßeinheit für die Aktivität radioaktiver Stoffe; 1 Becquerel (Bq) bedeutet, dass in der vorliegenden Stoffmenge pro Sekunde ein radioaktiver Zerfall stattfindet.

Der berufliche Umgang mit radioaktiven Stoffen, sog. Radionukliden, ist bis zu einer gewissen Grenze, die als Freigrenze bezeichnet wird und stark von der Gefährlichkeit der Stoffe abhängt, genehmigungs- und anzeigefrei. Eckert & Ziegler hat nun in BS-Thune eine enorm hohe Umgangsgenehmigung. Auf dem Betriebsgrundstück darf mit radioaktiven Stoffen bis zum  $10^{13}$ -fachen der Freigrenzen in umschlossener Form und bis zum  $10^{11}$ -fachen der Freigrenzen in offener Form umgegangen werden. Die Fachkräfte des Gewerbeaufsichtsamts haben auf eine konkrete Nachfrage bestätigt, dass die Genehmigung in Thune den

Umgang mit radioaktiven Stoffe in einer Größenordnung von  $10^{18}$  Becquerel erlaubt, also

1.000.000.000.000.000 radioaktiven Zerfällen pro Sekunde.

Zum Vergleich: Die Gesamtaktivität der 126.000 Fässer in der maroden Schachanlage Asse II wird von offizieller Seite auf  $2,9 \times 10^{15}$  Bq geschätzt – ein Wert der ca. 500x geringer ausfällt als die

Thuner Genehmigung. Daher verwundert es nicht, dass die Genehmigung von Eckert & Ziegler bisher nur zu wenigen Prozent ausgenutzt wird – und trotzdem wahrscheinlich schon derzeit über der Gesamtaktivität der 126.000 Asse-Fässer liegt.

Der Experte Michael Neumann spricht daher hier von einer „Vorratsgenehmigung“. Er arbeitet bei der INTAC, einer Organisation, die u.a. auch Bundes- und Länderregierungen bei der Bewertung der Nutzung der Atomenergie berät.

Das Gewerbeaufsichtsamt wird in dieser Frage auffällig einsilbig: Eine nachvollziehbare Begründung für die enorme Höhe der Genehmigung erfolgte bislang nicht.

Bereits im November letzten Jahres hat daher Peter Meyer stellvertretend für die BISS die Inventarliste der am Thuner Standort tätigen Nuklearfirma Eckert & Ziegler gemäß Umweltinformationsgesetz beantragt.

Knapp 3 Monate nach diesem Antrag später lehnt das Gewerbeaufsichtsamt eine Übermittlung der Inventarliste ab, da sich durch eine Veröffentlichung „die Gefahr von terroristischen Anschlägen und von Diebstahls- und Erpressungsversuchen hinsichtlich der auf dem Firmengelände lagernden radioaktiven Stoffe erhöhen“ würde. Herr Meyer erhebt Einspruch.

Fünf Wochen später leitet ihm das Gewerbeaufsichtsamt ein Schreiben weiter: Die Antwort des niedersächsischen

weniger als 0,5 %  
79 Nuklide  
37.061.143.799.904 Bq

über 99,5 %  
nicht veröffentlicht  
u.a. Plutonium und Uran

Die radioaktive Aktivität am 31.12.2010 bei Eckert & Ziegler aufgrund der unvollständigen Inventarliste und der Zusatzinformationen des Gewerbeaufsichtsamts

Umweltministeriums an die Landtagsabgeordnete der Grünen, Dr. Heinen-Kljajic, auf ihre Frage nach dem radioaktiven Inventar bei Eckert & Ziegler. In diesem Dokument werden auf 12 Seiten die Inventarlisten aufgelistet. Die Auflistung erweist sich jedoch als Luftnummer, da darin mit Verweis auf angebliche Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse diverse Stoffe – unter anderem die auf dem Gelände vorhandenen Plutonium und Uran-Nuklide – überhaupt nicht aufgelistet werden.

Ein Hinweis darauf, wie hoch der Anteil der verheimlichten Stoffe ist, findet sich in dem Schreiben übrigens nirgends. Allerdings hatte das Gewerbeaufsichtsamt während eines Treffens im März auf Nachfrage der BISS explizit mitgeteilt, wie hoch die Genehmigung Ende 2010 insgesamt bei offenen und umschlossenen radioaktiven Stoffen ausgeschöpft wurde. Die in der Inventarliste aufgeführten 79 Nuklide erklären hiervon jedoch lediglich weniger als 0,5% - also praktisch fast nichts! Dieses „fast nichts“ der 79 Nuklide hatte übrigens Ende 2010 bereits eine Gesamtaktivität von 37.061.143.799.904 radioaktiven Zerfällen pro Sekunde...

Die Frage nach den nicht genannten Stoffen auf dem Gelände wird immer dringlicher. Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier etwas vertuscht werden soll, das von einiger Brisanz ist.

**Fazit:** Fassen wir noch einmal zusam-

men: In Braunschweig-Thune befinden sich in direkter Nähe zur Wohnsiedlung und Schulen Kernbrennstoffe (Plutonium-Beryllium-Quellen) sowie Plutonium und Uran unbekannter Größenordnung.

Es werden keine detaillierten Informationen über die sich dort tatsächlich befindenden radioaktiven und chemischen Stoffe preisgegeben – weder von Eckert & Ziegler, noch von den zuständigen Behörden. Eine Anfrage der niedersächsischen Landtagsabgeordneten Dr. Heinen-Kljajic wurde nur zu 0,5% beantwortet.

Dass bei einer solchen Datenlage die potentielle Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung nicht nachzuvollziehen, geschweige denn einzuschätzen ist, liegt auf der Hand. Hinzu kommt, dass die Interessen der Beteiligten für Außenstehende kaum zu durchschauen sind und Ängste sowie Verdachtsmomente nährt. Eine solche Situation ist untragbar.

Eckert & Ziegler hat, wie eingangs geschildert, einen Großauftrag akquiriert, der mittlerweile in Thune schon bearbeitet werden dürfte. Hierzu ist anscheinend kein Hallenneubau notwendig gewesen. Was geschieht hier, und auf wessen Veranlassung? Wohin soll das führen? Die Antwort der Bürgerinitiative, dass es um ein überregionales Atommüll-Drehkreuz geht, ist offensichtlich korrekt. Die Frage ist, wie es jetzt weitergeht.

Dr. Thomas Huk (BISS)

# Fragwürdiges Konzept 2020 der V

## Soll Braunschweig zum Verkehrs- und Freizeitraum für VW umgestaltet werden?

Einige Andeutungen ließen aufhorchen, so die Idee einer Monorail (Einschienebahn) als Anbindung Braunschweigs an Wolfsburg über einen Verkehrsknotenpunkt Flughafen Braunschweig-Wolfsburg. Auch wurden einige Fakten mit der Bereitstellung von Verkehrsräumen und Gewerbeflächen zwischen Wenden, Kranriede und Waggum bereits geschaffen. „Die erfolgreiche Entwicklung der Stadt Wolfsburg dient hierbei als Vorbild...“ (Regionsstudie RIK der „Allianz für die Region“ 2020 unter Federführung der Wolfsburg AG).

Es geht um die Umgestaltung der ganzen Region Braunschweig-Wolfsburg bis zum Jahr 2020 - ohne großes öffentliches Aufheben im Wirtschaftsausschuss der Stadt BS am 19.4.2012 - beschlossen.

Um dieses rd. 480 Seiten starke Konzept gibt es Geheimniskrämerei, nur den Fraktionsstellen wurde diemit Passwort geschützte Datei zur Verfügung gestellt. Wolfsburg als Vorbild

für den ganzen Raum Braunschweig? Ja, so der Tenor im Masterplan 2020! BS bekommt ein neues Image - VW zwischen Welfengeschichte und (Flughafen) Mobilität.

## Wer hat den Nutzen, wer bezahlt? ...

...alle Rechte der professionellen Studie liegen bei der Wolfsburg AG, welche allerdings mit öffentlichen Geldern durch zwei EU-Fördertöpfe finanziert wurde.

Gelder flossen über „Europa fördert Niedersachsen“ und zusätzlich über den „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“.

Die Umsetzung des Konzeptes würde stattliche Summen für Bauten, Umwandlung ganzer Gebiete und für Verkehrsflächen vor allem für Braunschweig nach sich ziehen, wobei die bereits rd. 40 Mio. € rund um die VW-prestigeträchtige Flughafenerweiterung ein Vorgeschmack sind.

## Dauerhafte Folge- und Finanzierungskosten bleiben an Braunschweig hängen.

Faktisch gestaltet der VW-Konzern die Region allein mit dem Faustpfand

des mit Abstand größten Arbeitgebers der gesamten Region. Loyalität der Politik zum Konzern wird wie selbstverständlich erwartet, selbst dann

noch, wenn sich der Konzern Kosteneinsparungen durch „kreative“ Steuergestaltung bei der Gewerbesteuer gestattet.

## Beispiele gefällig?

► Durch Bildung einer „gewerbesteuerlichen Organschaft“ wird die VW-Konzern-eigene Versicherungsgesellschaft mit Sitz in Braunschweig nicht

mehr selbstständig zur Gewerbesteuer veranlagt, sondern nur noch zusammen mit dem Gesamtkonzern; macht rd. 2 Mio. € weniger Gewerbesteuer für Braunschweig pro Jahr.

► Die in einer anderen VW-eigenen Tochtergesellschaft organisierte Flugzeugflotte ist zwar in Braunschweig stationiert, aber aus Steuerspargründen auf den Grand-Cayman-Inseln (Karibik) angemeldet.

► Der VW-dominierte Flughafen hat Jahr für Jahr einen höheren Zuschussbedarf (so 2012 rd. 3,2 Mio. €); obwohl Haupt-Nutznier, behält sich VW vor, von Jahr



Die Wolfsburg AG fungiert als gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Wolfsburg mit dem VW-Konzern.

## Fracking Meldungen

### Weiterentwicklung und Ausbau der Erdgaslagerstätten.

RWE Dea hat ehrgeizige Ziele: Die Erdgasfelder sollen konsequent weiterentwickelt, Konzessionsbesitz und -beteiligungen ausgebaut und die Suche nach neuen Erdgaslagerstätten soll intensiviert werden. Es bestehen also gute Voraussetzungen, dass der Förderbetrieb Niedersachsen noch auf lange Sicht einen bedeutenden Beitrag zur deutschen Energieversorgung leisten wird. (Quelle: RWE Internetseite)

### Braunschweig antwortete am 1.3.2006: „keine Bedenken“

RWE-Dea ist Inhaberin der Explorationsrechte im Westen von Braunschweig bis einschl. der Ortsteile Lamme, Timmerlah und Völkenrode. Die Erlaubnis dafür hatte das Landesamt für Bergbau, Energie und

Geologie (LBEG) bereits am 26.4.2006 erteilt; die Stadt Braunschweig war dazu vom LBEG am 9.2.2006 angeschrieben worden und hatte mit Nachricht vom 1.3.2006 mitgeteilt, dass keine Bedenken bestehen. (Brief des LBEG an die Braunschweiger Piraten-Fraktion vom 16.03.2012)

### Wasserschutzgebiet Lamme am 8.11.2011 aufgehoben

Obwohl die Stadt Braunschweig in den Jahren 2006 und 2009 vom Landesamt für Bergbau ... (LBEG) zur Erteilung von Explorationserlaubnissen eingebunden worden war, hob der Rat der Stadt am 8.11.2011 das Wasserschutzgebiet Lamme auf.

Als sich daraufhin eine Protestbewegung formierte, erklärte die Stadtverwaltung, man habe die Bedeutung nicht erkannt.

## Nichts gelernt?

Die alte Mehrheit im Rat existiert nicht mehr, aber die Strippen werden immer noch ganz still und heimlich im Hintergrund gezogen. Offensichtlich hat die Stadt der beim Fracking-Verfahren federführenden Firma alle möglichen Konzessionen gemacht – hinter dem Rücken der Bürger. Die Wahrheit kommt nur scheibenweise per Akteneinsicht ans Licht. Der „Masterplan“, der die Stadt bis 2020 in einen Erlebnispark für geschäftsmüde Gäste vom VW verwandeln soll, wird

auch klammheimlich auf den Weg gebracht. Nicht nur die politischen Gremien der betroffenen Städte bleiben außen vor; auch die Öffentlichkeit soll nichts mitbekommen – oder erst dann, wenn die Weichen schon gestellt sind. Wundert sich jemand über die Politikverdrossenheit der Bürger? Und warum bekommen die Piraten so viel Rückenwind? Weil sie für Transparenz eintreten und mit der unter Parteien üblichen Mausechlei nicht zu tun haben wollen.

Ingeborg Gerlach

## Die BIBS-Fraktion in der neuen Ratsperiode

Fünf Monate sind vergangen, seit sich der neue Rat am 08.11.2011 zu konstituierender Sitzung getroffen hat und offensichtlich ist der frische Wind, der durch die Gremien weht: der Rat hat seitdem fünfmal getagt und die Hälfte aller von der BIBS-Fraktion eingereichten Anträge (neun von 18) wurde angenommen!

Die Einrichtung der 5. IGS im Heidberg, der Ganztagsbetrieb für das Lesinggymnasium und die Anträge gegen Fracking in Braunschweig (zu-

sammen mit SPD, Grünen, Linken und Piraten), die Einführung des Schulentwicklungsplans, der Beitritt der Stadt Braunschweig zur AG Schacht Konrad und die Unterstützung des Asse-II-Koordinationskreises und der Lichterkette 2012 sowie die städtische Unterzeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ sind deutliches Zeichen dafür, dass mit dieser offenen Mehrheit Braunschweig wieder lebenswerter gestaltet werden kann.

## Wolfsburg AG

zu Jahr zu entscheiden, ob man sich mit einem Anteil von 37% überhaupt am Defizit beteiligt.

► Herumdrücken um Schadensersatz für die Wiederherstellung der gekappten Verkehrsverbindung, z.B. durch Bau eines Tunnel, obwohl ohne Rücksicht auf die Wohnbevölkerung im Norden Braunschweigs und im Südkreis Gifhorns eine Haupt-Verkehrsader für die Flughafenverlängerung durchtrennt wurde.

### Fazit

Die ganze Region gerät in immer größere Abhängigkeit von VW.

Beide Städte und die Region werden immer stärker vom VW-Konzern aus Wolfsburg regiert, das führt der vorgelegte Masterplan 2020 ungeschminkt vor Augen.

### Wolfsburg als Vorbild für Braunschweig?

Wer hat das Sagen, wer regiert? Die Selbständigkeit Braunschweigs schwindet, die Macht-Elite von VW hat längst auch politisch das Ruder übernommen, die gewählten Räte der Städte Wolfsburg, Braunschweigs und der übrigen Region können das nicht



Die Stadtverwaltung hat trotz Wissen um die

### Problematik „Fracking und Naturschutzgebiete“ die Aufhebung eines Wasserschutzgebietes betrieben - Der Rat wurde unvollständig informiert.

Eine Akteneinsichtnahme von BIBS-Ratsherr Peter Rosenbaum am 4. April 2012 brachte es an den Tag: Die Stadtverwaltung hat ungeachtet eigener Kenntnis über die Grundwassergefährdung und Fracking in Wasserschutzgebieten am 7.11.2011, also einen Tag VOR der entscheidenden Ratssitzung am 8. November 2011, einen Beschlussvorschlag zur Aufhebung des Trinkwasserschutzgebietes Lamme aufrecht erhalten und den Rat nicht vollständig informiert.

Schon lange vorher, am 18. Oktober 2011, weist die Leiterin des städtischen Umweltamtes, Frau Costabel, in einer internen Mail an das Sekretariat des Oberbürgermeisters nachdrücklich auf die Gefahren der Fracking-Technologie, insbesondere für das Grundwasser hin. Als Ratsherr fühle ich mich durch die Stadtverwaltung hintergangen und an der Nase herumgeführt. Ich empfinde

## Golfklub erneut gefördert Golfklub top - Behindertensport flopp

Ende März 2012 wurde im Sportausschuss erneut (wie schon in den letzten Jahren) der Golf-Klub Braunschweig mit 5.400 € bezuschusst, obwohl das mit den Sportförderrichtlinien der Stadt kollidiert, wonach die Finanzkraft des Vereins und der Mitglieder zu berücksichtigen sind:

2. Voraussetzungen für die Gewährung von Zuwendungen ... 2.5 Die beantragte Förderung muss unmittelbar sportlichen Zwecken dienen. 2.6 Der Antragsteller muss alle weiteren Förderungsmöglichkeiten ausgeschöpft haben. 2.7 Der Antragsteller muss nachweisen, dass Eigenmittel und Eigenleistungen in einem angemessenen Verhältnis zur beantragten Zuwendung und zur eigenen Finanzkraft eingesetzt werden. ... (Quelle: Sportförderrichtlinien der Stadt Braunschweig)

### Sportverein oder Lifestyle-Club?

Der Golf Klub geriert sich eher wie ein Lifestyle-Club denn als Sportverein. Mit einer doch üppigen Aufnahmegebühr erfüllt der Golf Klub weder die Kriterien der Förderung des allgemeinen Breitensports, noch dürften die eher begüterten Klubmitglieder wirk-

das Verhalten der Stadtverwaltung als absolut skandalös.

Ich erwarte Konsequenzen in der Stadtverwaltung sowie die sofortige Aufhebung des Ratsbeschlusses sowie die Wiedereinrichtung des Wasserschutzgebietes Lamme durch Eigeninitiative der Stadtverwaltung (Für die Problematik der Öltankbesitzer im Bereich des Wasserschutzgebietes Lamme muss eine andere Lösung - ohne formale Aufhebung des Wasserschutzgebietes - gefunden werden.)

Es ist davon auszugehen, dass die Desinformation der Stadtverwaltung, die Ratsentscheidung zur Aufhebung des Wasserschutz stark beeinflusst hat.

In der Ratssitzung am 8. November 2011 haben (nach Ratsprotokoll) CDU, SPD, FDP, GRÜNE und PIRATEN für die Aufhebung des Wasserschutzgebietes Lamme gestimmt. Es gab nur 3 Gegenstimmen - von der BIBS - wegen des Vorsorgeprinzips (Vorhaltung alternativer Wasserversorgung in Notsituationen)

Vor dem Hintergrund der am 20. März 2012 von allen Parteien verabschiedeten Resolution gegen die Anwendung der Fracking-Technologie im Stadtge-

biet solch eine öffentliche Förderung nötig haben.

### Zweierlei Maß

Völlig daneben liegt die städtische Sportförderung dann bei der gleichzeitigen Streichung von Fördermitteln für den Behindertensport:

Die Leistungsschwimmer im Behindertensport sind keine Leistungsgemeinschaft, deren Trainings- und Wettkampfbetrieb gem. Nr. 3.53 der Sportförderrichtlinien der Stadt Braunschweig unterstützungsfähig wäre.

## Victoria-Luise war Mitglied

### Kaiser-Tochter Victoria-L. und Herzog Ernst August waren Golfklub-Mitglieder:

Der Golf-Klub Braunschweig ist stolz auf seine gesellschaftliche Exklusivität.

So hebt man dort die besondere (erlauchte) Mitglieder-Struktur hervor. Dabei gibt man sich auf der Klub-Homepage gesellschaftlich selbstbewusst: Zu den Gründungsmitgliedern gehörten neben dem Braunschweiger Herzogspaar S.K.H. Ernst-August und I.K.H. Viktoria-Luise zu Braunschweig

und Lüneburg bekannte Persönlichkeiten wie Geheimrat Dr. Heinrich Büsing, Carl Ludwig Seeliger und Dr. Rudolf Löbbecke.

Heute gehört der Golf-Klub Braunschweig mit ca. 800 Mitgliedern zu den großen Vereinen in Braunschweig. Die großen Erfolge der Klubmannschaft und einzelner Spitzenspieler belegen, dass der Braunschweiger Golf-Klub nicht nur gesellschaftlich, sondern auch sportlich eine Top-adresse ist. [www.golfklub-braunschweig.info/home](http://www.golfklub-braunschweig.info/home)

Wir müssen davon ausgehen: Der Ratsbeschluss zur Aufhebung des Wasserschutzgebietes Lamme ist durch unvollständige Information der Fraktionen seitens der Verwaltung beeinflusst worden. Bei verantwortungsvollem Handeln hätte die Verwaltung nach dem Gespräch mit BNK am 07.11.2011 den eigenen Beschlussvorschlag für die Ratssitzung am darauf folgenden Tag (08.11.2011) zurückziehen müssen. Dies ist nicht geschehen.

### Alles nur ein Versehen?

Als Frage ergibt sich daraus: Alles ein „Versehen“ oder gibt es irgendwelche Interessen von BNK (und als Folge Absprachen mit der Stadt), denen das Wasserschutzgebiet Lamme im Wege stand?

Dr. Dr. habil. Wolfgang Büchs

## Zeitarbeit ist kein Rezept für eine gute Wirtschaft!

Arbeitnehmerüberlassungsfirmen wurden mit der wahnwitzigen Idee von Rot-Grün, „Arbeitsbeschaffung für kurzfristige Stoßzeiten“, eingeführt. Möglicherweise rieb sich die CDU schon die Hände.

Einerseits, weil damit Arbeitgeberinteressen wahr werden andererseits, weil sich die große Konkurrenzpartei in ein schlechtes Licht stellt, wodurch die Wahlmüdigkeit unter den Arbeitnehmern zunimmt.

Jeder unparteiische Wirtschaftler hätte im Vorhinein erkannt, dass durch Dumpinglöhne und die dadurch geringen Steuern und Sozialabgaben zum Desaster führen.

Durch Konkurrenzverhalten, wurde der Arbeiterhandel schnell Mode. Unternehmen, die nicht mitziehen, verlieren im harten Wettbewerb.

Dies ist eine Endlosspirale gegen das Wohl des Arbeiters geworden. In Großbetrieben werden sogar Leiharbeiter verschiedenster Anbieter genutzt. Ist wohl abhängig vom Angebot, wie auf einem Basar?

Billiglöhne schaden Steuer- und Sozialkassen, wodurch nicht nur die direkt betroffenen an Armut leiden.

Die dadurch entstehende Kostenexplosion zwingt auch regulär bezahlte Arbeiter und Rentner zu Einkommensverlusten.

Die angeblich immer besser werdende Wirtschaft wird leider durch das übermäßige Einkommen der wenigen Nutznießer der immer mehr werdenden Billiglöhner verfälscht. Sogar die Kommunen gehen recht leer aus, da die Steuer einnehmenden Hauptsitze von Zeitarbeitsfirmen selten heimisch sind. Von den armen Arbeitern ist auch nicht viel zu holen.

Der neue Trend ist ALG II Zuzahlung, wodurch sich der Arbeiter gegenseitig finanziert.

In diesem Fall hat der bezuschusste Arbeiter die gleichen Verpflichtungen, wie vorher als Langzeitarbeitsloser.

Thorsten Bock

# Millenium, keine Buße

**Schützende Hände bewahrten Milleniums-Betreiber vor Strafe.**

Die politischen Schützenhelfer für dieses Skandalprojekt sitzen oder saßen im Rathaus. Darüber gibt es etwas tiefere Details in den Akten. So z.B. findet man dort auch einen Vermerk über den Sachverhalt des Parkplatz-Schwarzbaus gegenüber vom Millenium-Berg:

Vermerk vom 1.6.2005 „Der OB hat am 31.5.2005 das Schreiben an H. Lindemann nicht mitgetragen. Im Schreiben sollte H. Lindemann aufgefordert werden, das Bebauungsplanverfahren bis Juni 2006 abzuschließen, andernfalls werde die Stilllegung der nicht genehmigten Stellplatzanlage verfügt bzw. Beseitigung angeordnet.“ (Vermerk aus der Bauakte, gemäß Akteneinsicht)

War nicht Herr Lindemann auch durch Parteispenden an die CDU aufgefallen? Wurden nicht beide großen Parteiversammlungen zur Kandidatenkür Hoffmanns in den Jahren 2004 (Hoffmanns Halbzeitbilanz) und 2006 (99% stimmten für Hoffmann) in der Milleniumshalle zelebriert?

Lindemann war daneben auch noch Bauherr eines „Restaurants Okerhaus“ auf dem CDU-Parteigrundstück am Gieselerwall, welches unter Nichtbeachtung der Wallringsatzung durch die Bauverwaltung genehmigt worden ist. Dazu die Kreisvorsitzende der CDU Heidemarie Mundlos:

„Wir erhielten öfter Spenden der Lindemanns. Über die Höhe weiß ich nichts. Das ist allein Angelegenheit unseres Kassierers.“ (Unser-Braunschweig, Nr. 4, S.2)



*Große Müllhalde mit Hilfe von Hoffmann & Mundlos als Kulturprojekt verkauft*

## Tarifabschluss - der sparsame OB Was ritt die SPD zum Schloss-Carree?

**Ruiniert der Tarifabschluss die Stadt Braunschweig?**

Alles andere als erfreut zeigt sich der Braunschweiger OB angesichts des Ver.di-Tarifabschlusses, den er für überhöht hält. Nun weiß auch der kluge Rechner Hoffmann natürlich, dass die nominellen 6,3 Prozent umgerechnet auf die die stufenweise Erhöhung nicht mehr als 4 Prozent im Durchschnitt ergeben.

Während der Wolfsburger Kollege (wohl mit Blick auf die steigende lokale Binnennachfrage) den Abschluss begrüßt, ergeht sich Hoffmann in düsteren Andeutungen über mögliche Entlassungen von Personal. Am liebsten hätte er eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 oder 41 Stunden gesehen. Dass die chronische Finanznot der Städte auf die Steuerpolitik vergangener Regierungen zurück-

zuführen ist (hätten wir noch Steuersätze wie unter Kohl, wären die öffentlichen Hände nicht so leer!), betrifft alle Kommunen. Aber im speziellen Fall von Braunschweig sollte sich Hoffmann an die Privatisierung der Stadtwerke erinnern, die zu 75 Prozent an BS-Energy gingen und dort seither fette Gewinne abwerfen. Da hat die Stadt ihren Dukatenesel verkauft und jammert jetzt, dass sie so mittellos sei.

**In der letzten Sitzung der letzten Ratsperiode im Oktober 2011 stand der umstrittene 390.000-Euro-Zuschuss für den Bauherrn des Schloss-Carrees zur Abstimmung.** Hoffmann war verhindert und damit wäre die Einstimmen-Mehrheit von CDU/FDP dahin gewesen.

Aber wo war plötzlich SPD-Ratsherr Klaus Winter?

Er fehlte mitten in der Sitzung just zu dieser Abstimmung und so war die Einstimmen-Mehrheit von CDU/FDP wiederhergestellt, ohne dass es der Anwesenheit des Oberbürgermeisters bedurfte.

## 1-Euro-Jobber

...weiter von Seite 1



nachmessen. Die von mir korrigierten Pläne wurden dann im Bauamt von Festangestellten in die Computer eingegeben. Morgens begann mein Arbeitstag, ich bekam aber kein Geld für Fahrscheine, sondern nur ungestempelte Einzelfahrscheine. Eine Monatskarte war denen wohl schon zu teuer, und ich hätte damit ja auch privat fahren können... Wohl weil ich meine Arbeit als Zeichner gewissenhaft erledigte – ich arbeite ja auch gern in meinem Beruf – wurde ich nicht groß beaufsichtigt.

**Frage:** Wie viel hast Du im Monat zusätzlich zum Regelsatz verdient?

Für 5 Stunden Arbeit jeden Tag bekam ich dann jeden Monat ca. 100 Euro zusätzlich. Ich muss sagen, dass sich die Arbeit für mich wirtschaftlich nicht gelohnt hat, weil ... ich hatte ja auch Mehrkosten, z.B. öfter Klamotten waschen, mehr Essen und Trinken, Körperpflege. Naja, die beim Amt nennen das 1-Euro-Geld ja auch „Mehraufwandsentschädigung“, die wissen schon, dass man eigentlich umsonst arbeitet.

**Frage:** Wie lange warst Du 1-Euro-Jobber?

Zunächst war ich 6 Monate beschäftigt, dann wurde der Vertrag um 3 Monate verlängert. Dann war das Projekt beendet, und ich war wieder arbeitslos. Ich hatte in den 9 Monaten keinen einzigen Tag bezahlten Urlaub und also auch kein Urlaubsgeld. Während der Zeit war ich nach einem Sturz wegen Armbruch ca. 6 Wochen krank. Ich bekam keine Lohnfortzahlung und musste wegen der häufigen Fahrten zum Arzt schwer knapsen, ich kam kaum noch mit meinem wenigen Geld zurecht. Damals habe ich den Landkreis verklagt auf Zahlung, habe aber den Prozess verloren. Da sieht man, wie Menschen in meiner Notlage durch das Hartz IV- Gesetz ausgenutzt werden. Ich habe schließlich eine nützliche Ar-

beit für unsere Gesellschaft mit der Vermessung öffentlichen Eigentums erledigt. Das Bauamt hat dazu meine Arbeitskraft zu einem Spottpreis, praktisch umsonst, genutzt und tariflich bezahlte Zeichner eingespart! Ich musste das machen, weil ich ohne das volle Hartz IV-Geld nicht hätte leben können. Hätte ich mich geweigert, wären mir 30% der 345 Euro abgezogen worden. Daher fühlte ich mich total ausgenutzt einerseits, fand aber auch die Zusammenarbeit mit den Kollegen schön, mit denen ich gut auskam. Ich erhielt ein gutes Abschlusszeugnis, das mir aber auch nicht wirklich bei meinen vielen Bewerbungen geholfen hat.

**Frage:** Vor kurzem stand in der Zeitung, dass der Vorstandsvorsitzende von VW, Herr Winterkorn, 17 Mio. Euro als Prämie zusätzlich zu seinem Einkommen bekommt. Wie findest Du das?

Mir wäre lieber, wenn Manager wie Winterkorn angemessener Gehälter bekommen würden. Wenn so einer wie der nur als Prämie mehr als 2000 mal soviel bekommt wie ein 1-Euro-Jobber im Jahr verdienen kann, dann stimmt was nicht mehr in unserer Gesellschaft. Das glaubt doch keiner, dass Manager tausendfach mehr leisten als Arbeiter.

Die, die immer reicher werden, schaffen ja auch keine gut bezahlten Arbeitsplätze von denen man leben kann. Die Arbeitslosen und Armen werden doch immer mehr, viele müssen arbeiten ohne vom Verdienst leben zu können. Ich glaube, dass die Manager das viele Geld nicht deshalb kriegen, weil sie soviel mehr leisten, sondern deswegen, weil immer mehr Menschen fast umsonst arbeiten müssen.

Die Reichen werden so reich, weil viele wie ich so arm sind – das berichten die Medien nicht. Ich finde das grob ungerecht und weiß nicht wie und wann ich mal wieder angemessen arbeiten und verdienen kann. Ich engagiere mich mit politischer Arbeit und finde jede Solidarität dabei gut.

## Täuschung mit 1. Spatenstich am Eintracht-Stadion

**War der erste Spatenstich nur aus Wahlkampfgründen auf den 26. August 2011 vorgezogen worden? (Kommunalwahltermin war der 11. September 2011).**

Auf der Homepage des Fußballvereins ließ der Oberbürgermeister am 26.08.2011 den Verein verkünden:

„Der Ausbau der Westtribüne des Eintracht-Stadions hat begonnen.“

Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann hat heute gemeinsam mit Klaus Winter, Vorsitzender des Aufsichtsrats der für das Stadion zuständigen Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft, und Sebastian Ebel, Präsident von Eintracht Braunschweig, den Startschuss für die Bauarbeiten gegeben.

Ein Bagger begann mit dem Abtragen der Rampe. Anwesend waren mehrere hundert Sportbegeisterte, insbesondere Eintracht-Fans... Text: Stadt Braunschweig „Der Verein erwacht“ [www.eintracht.com/staticsite/drukken.php?menuid=894](http://www.eintracht.com/staticsite/drukken.php?menuid=894)

**Eine Akteneinsicht der Bauplanungs-Protokolle belegt:**

„Spatenstich: Seitens der Stadt ist ein Spatenstich mit dem Oberbürgermeister noch vor der Sommerpause vorgesehen. Bauaktivitäten finden zu dem Zeitpunkt noch nicht statt.“

Umfang und Art, sowie Einladungen sind zeitnah zu organisieren.“ (Prot. 03, 24.03.2011)

Zwei Monate später liefen dann die Ausschreibungen zum Abbruch im Stadion-Vorbereich und man erfährt aus einem weiteren Protokoll der Planungsgruppe, dass die zu beauftragende Baufirma „die baulichen Einrichtungen für den Spatenstich zur Verfügung stellen“ könnte.

„Dementsprechend [sei] die Ausschreibung der Abbrucharbeiten um 2 Wochen vorzuziehen.“

**Wer zahlte den ersten Spatenstich?** „Die Kosten für den Termin am



Erster Spatenstich, 26.8.2011: Baubeginn vorgetäuscht

26.8.2011 werden von der Stadthalle direkt getragen.“ (Prot.09, 25.8.2011)

**Eine stille Kostenverschiebung hin zur Stadthalle, die in den Baukosten nicht auftauchen sollte?**

Die Verantwortlichen, wie Klaus Winter (SPD) als seinerzeitiger Aufsichtsratsvorsitzender der Stadthalle GmbH und der Oberbürgermeister müssen sich fragen lassen, ob sie sich nicht einer Veruntreuung von Geldern der Stadthalle für ein überflüssiges Event schuldig gemacht haben.

**Ohne Baugenehmigung oder Teilbaugenehmigung**

Irgendwelche Baugenehmigungen oder Teilbaugenehmigungen gab es übrigens zu diesem Zeitpunkt weder für die Abbrucharbeiten noch für die Baumaßnahme selbst.

Man gehe davon aus, dass das Bauordnungsamt für die Abbrucharbeiten auf eine Baugenehmigung verzichte.

Prompt heißt es dann am 28.7.2011 im Plangruppen-Protokoll 08:

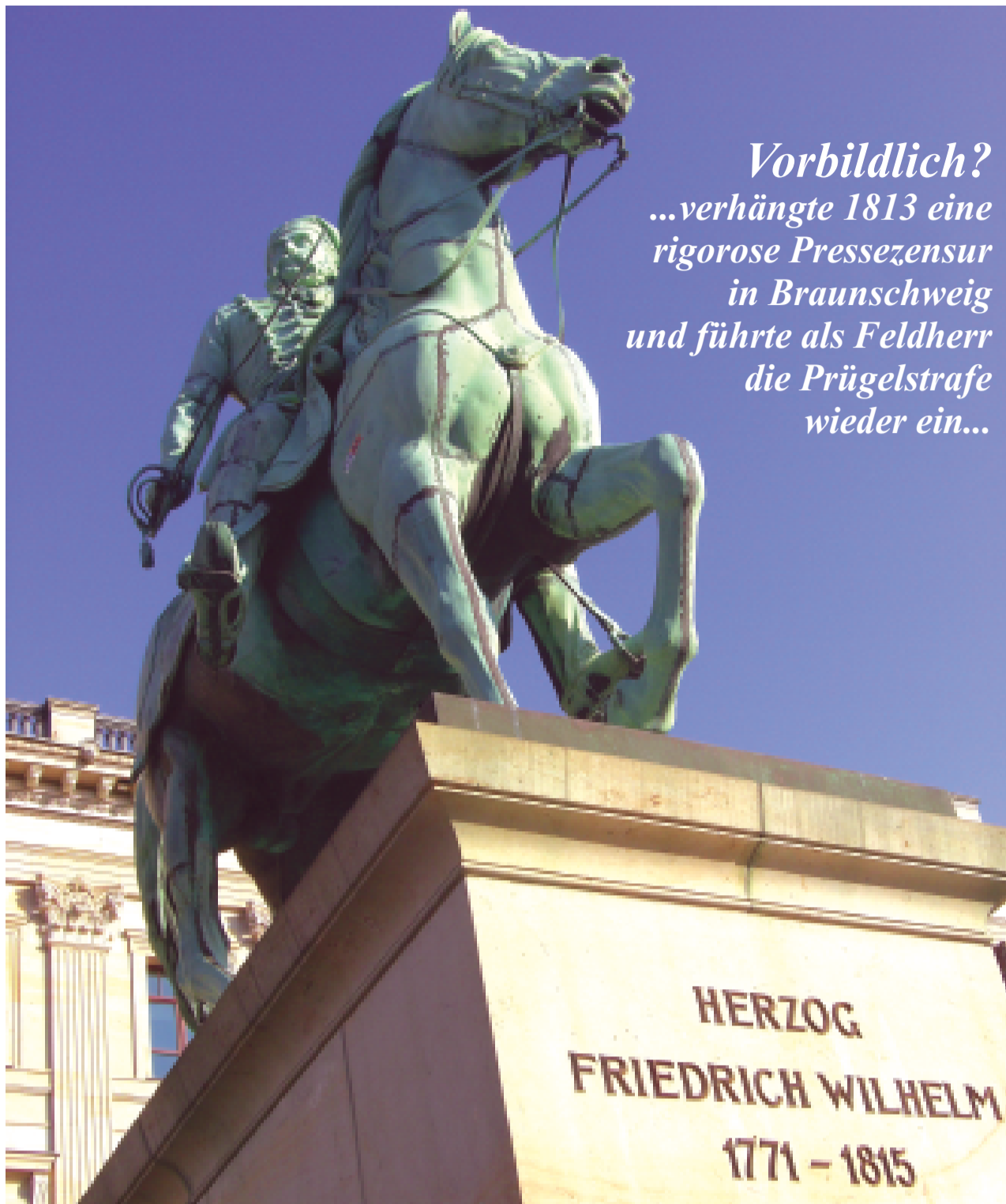
„Herr R. teilt mit, dass nach Aussage von H. Landwehr ihm gegenüber der Abriss des Zugangsbereiches genehmigungsfrei ist.“ (Prot. 08 vom 28.7.2011) Bis Ende 2011 lag übrigens keine einzige Baugenehmigung vor. Dazu ist im Protokoll des letzten Plangruppentreffens des Jahres 2011 vom 14.12.2011 zu lesen:

„Die Baugenehmigung, alternativ die Teilbaugenehmigung zum Baubeginn ist im Januar 2012 erforderlich. Die Entwässerungsgenehmigung ist für den Dezember 2011 in Aussicht gestellt. Die Baugenehmigung für den Kubus ist für den Dezember 2011 in Aussicht gestellt.“ (Prot. vom 14.12.2011)

Soviel zum Umgang mit Bauvorschriften, um politische Opportunitäten bedient werden müssen.

Mehr Informationen finden Sie im Internet unter [www.bibs-fraktion.de](http://www.bibs-fraktion.de)

**Impressum**  
Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)  
Telefon der BI Fraktion: 4 70 21 80  
ViSdP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,  
38120 Braunschweig  
Redaktion: Ingeborg Gerlach  
Druckerei: Druckhaus Schlaeger GmbH & Co. KG  
Wolterfer Straße 116-118, 31224 Peine



*Vorbildlich?  
...verhängte 1813 eine  
rigorose Pressezensur  
in Braunschweig  
und führte als Feldherr  
die Prügelstrafe  
wieder ein...*

## Korvette fiel vom Sockel

### Kein Stolz mehr auf allen Weltmeeren?

Beim Eindocken in der Werft in Wolgast Ende im November 2011 knallte die Korvette Braunschweig, das Typschiff der Klasse, auf den Boden eines Transportwagens – eine der so genannten Pallungen hatte nachgegeben.

Nach einem Bericht der Kieler Nachrichten wurde der Kiel der Braunschweig um bis zu 20 Zentimeter eingedrückt, womit sich die Pannenserie bei den Korvetten fortsetzt.

Mal ging eine Antriebswelle der

„Braunschweig“ kaputt, mal zickte die Elektronik. Durchs Unterdeck waberte Abgasmief der beiden 10.000 PS starken Dieselmotoren und erregte Übelkeit bei der Besatzung.

So manövrierfähig wie von den Werften versprochen, ist das rund 300 Millionen Euro teure Schiff auch nicht. ... Bei einem Ausweichmanöver knallte sie mit dem Heck in die steinerne Böschung des Nord-Ostsee-Kanals.

Ein Antriebspropeller war Schrott. Taufpatin Doris Hoffmann (nach der

die „Doris-Hoffmann-Straße“ auf der Korvette benannt ist) und ihr Ehemann und Oberbürgermeister haben die Nase voll. Nichts dringt mehr in die Öffentlichkeit.

Auf der Internet-Homepage der Stadt erfährt man nichts mehr über die seit 2004 mit höchster Aufmerksamkeit gefeierte Patenschaft mit der Korvette Braunschweig.

Wie ausradiert - mit Versagern will man offensichtlich nichts mehr zu tun haben.

## AufPASSEN ... intensiver und umfassender als je zuvor: Endlager Standortsuche Gesetz

„Endlagerstandortsuche im Konsens“ – unter dieses Credo stellt Umweltminister Röttgen die (Neu-)Bestimmung eines Endlagerstandortes für hochradioaktive Abfälle. Gemeint ist jedoch nicht der Konsens mit der Bevölkerung, wohl eher einer der Art zwischen CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen, der uns nach dem Fukushima-Desaster als „Atom-Ausstieg“ verkauft wurde.

In der Öffentlichkeit stößt Röttgen bislang nur mit zwei Punkten des Standortauswahlgesetzes auf Widerstand, nämlich, > dass Gorleben als möglicher Standort im Rennen bleibt und > dass das Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter Kompetenzen abgeben soll. Doch während das bisherige Atomrecht zumindest formal eine Bürgerbeteiligung in Form von Planfeststellungsverfahren vorsieht, soll dies mit dem neuen Gesetz „weggeräumt“ werden. Die Entwürfe zum

Standortauswahlgesetz sehen nämlich vor, dass alle Phasen der Suche durch Gesetze des Bundestages abgeschlossen werden. In allen Fällen aber, in denen ein Gesetzesbeschluss vorliegt, soll dann die Planfeststellung durch Genehmigungsverfahren ersetzt werden. „Verwaltungshandeln statt Bürgerbeteiligung“ lautet die Devise.

**Statt Bürgerbeteiligung nur noch Akzeptanz-Versammlung?**

Im Standortauswahlgesetz soll die Einbeziehung der Bürger durch Versammlungen erfolgen (§ 7 des Standortauswahlgesetzes). Diese sollen aber offenkundig nicht dem unvoreingenommenen, kritischen Dialog, der Sachauseinandersetzung dienen. Ziel ist vielmehr die Akzeptanzbeschaffung. Im § 7 Abs. 4 lautet es deshalb: „Über die Ergebnisse jeder Versammlung und das Gesamtergebnis nach Abschluss der mündlichen Erörterung ist eine Niederschrift anzufertigen.“

Hierbei ist unter anderem darzulegen, ob und in welchem Umfang Akzeptanz geschaffen werden konnte.“

**Aus Bürgerbeteiligung wird damit politisches Marketing.** Die Politik hat ihre Lektion aus Stuttgart 21 offenbar gelernt. Der Einrede und dem politischen Widerstand sollen die rechtlichen Grundlagen entzogen werden.

Am 18./19.1.2012 führte das Bundesamt für Strahlenschutz in der Stadthalle Braunschweig einen Asse-Workshop durch. Es sollten Modelle entwickelt werden, wie das schlepende Verfahren zur Bergung des Atommülls beschleunigt werden könnte. Dabei hat eine beauftragte Anwaltskanzlei unter anderem die Idee entwickelt, dass Planfeststellungsbeschlüsse durch förmliche Gesetze ersetzt werden könnten und Genehmigungsunterlagen Gesetzeskraft erlangen! Diese Überlegung wird dankend aufgenommen und soll bei der

## Hurra-Patriotismus für die Fürsten?

**Hipp-hip hurra, hurra, hurra...**

**Traditionspflege im besten Sinne?**

Da traf sich unter wärmster Vermittlung und Initiative des Oberbürgermeisters in der Dornse des Altstadtrathauses eine geschlossene Gesellschaft.

Der Anlass war vielleicht nicht ganz der Grund für das inszenierte Brimborium. Jedenfalls ging es zumindest wohl nur vordergründig um Menschen in Not, die nach dem Hauptredner Henning Borek ja auch „immer schwerer“ zu finden seien (BZ, 9.2.2012).

Dafür blieb umso mehr Raum für die Herren Borek und OB Hoffmann, über „Traditionspflege im besten Sinne“ zu erzählen. Was man dabei im Auge hat, darüber schreibt Henning Noske, Chef der Braunschweiger Lokalredaktion ganz freimütig:

„Hipp-hip hurra, hurra, hurra, erklang der Ruf der mehr als 200 Gäste zu Ehren des Gründungs-Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand. Mit Prinz Heinrich von Hannover wurde ein leibhaftiger

Nachfahre des Herzogs besonders herzlich begrüßt.“ „Das Herzoglich Braunschweigische Feldkorps umrahmte die Veranstaltung stimmungsvoll.“ (BZ, 9.2.2012)

Carl Wilhelm Ferdinand? War das nicht der Fürst, der mit einer preußisch-österreichischen Armee im Jahre 1792 gegen die (bürgerliche) französische Revolution zu Felde zog?

Überliefert wurde über diesen Autokraten eher Unrühmliches, demnach drohte er der Stadt Paris mit „militärischer Exekution“ und dem „gänzlichen Ruine“, wenn nicht sofort der König in Paris wiedereingesetzt würde.

Und sein Nachfahre steht für die Wiedereinführung der Prügelstrafe im Militär und Pressezensur.

Man braucht nur wenig Phantasie, um den Traditions-Brückenschlag ins nächste Jahr zu errahnen. Nächstes Jahr soll mit viel finanziellem Aufwand die Hundert-Jahr-Feier der letzten Fürstenhochzeit in Braunschweig gefeiert werden.

## Markige Sprüche

► **Rede Hoffmanns zur Schiffstaufe am 19.4.2006**

„Es liegt im Interesse der Stadt, dass Sie nun mit unserem stolzen Wappen wieder hinausfahren...“ (Quelle: Akteneinsicht der BIBS-Fraktion)

► **Glogowski, bedankte sich höflich bei Hoffmann am 4.8.2006**

„Ich denke, es ist gut, dass Braunschweig durch die Patenschaft zum 1. Korvettengeschwader, zu dem die K130 gehört, wiederum ihren maritimen Bezug unterstrichen hat.“

► **Fahnenweihe im Altstadtrathaus zu Braunschweig im Februar 2007**

Oberbürgermeister Gert Hoffmann empfing die Mannschaft im Altstadtrathaus. „Ihr Besuch festigt die Beziehungen zwischen Bevölkerung und Marine“, sagte er und fügte an: „Sie haben hier die Marinehoheit.“ (BZ vom 16.2.2007)

► **Pesditschek (SPD-Fraktionsvorsitzender):** „... bin stolz darauf, dass dieses Schiff den Namen Braunschweig auf alle Weltmeere trägt...“ (newslick 17.4.2008)

► **Eintracht Braunschweig - Homepage vom 20.5.2009:**

(Anlässlich der Taufe des Korvetten-Beibootes auf den Namen Eintracht.) „Von nun an wird der Name des Traditionsvereins auch auf den Weltmeeren zu hören sein, wenn es im Funkverkehr heißt: EINTRACHT BRAUNSCHWEIG!...“

## Kinder- und Jugendpatenschaften zur Korvette

Schon gleich nach der Korvetten-Taufe vermittelte die Taufpatin und Frau des Oberbürgermeisters, Doris Hoffmann, eine Patenschaft mit dem Kinderschutzhause Ölper.

Weitere Beziehungen wurden zur Marinejugend und zu Eintracht Braunschweig aufgebaut. Da werden Patenschaftsbesuche abgestattet, oder von unterbeschäftigten Matrosen der lahenden Korvette die Wände im Kinderschutzhause Ölper erst frisch gestrichen und dann mit Bildern der Korvette verziert.

Die Mannschaft des Schwesterschiffs Korvette Erfurt bastelt derzeit für Erfurter Kinder an einem Baumhaus. So weckt man spielerisch das Interesse schon der Kleinsten und die Faszination

der Jugend an Militär-Leben. Die Aufgabe lautet: das zivile Leben spielerisch mit dem Militärischen durchdringen... wie buchstabiert man eigentlich Militarismus? Als Militarismus wird die Dominanz militärischer Wertvorstellungen und Interessen in der Politik und im gesellschaftlichen Leben bezeichnet, wie sie etwa durch die einseitige Betonung des Rechts des Stärkeren und die Vorstellung, Kriege seien notwendig oder unvermeidbar, zum Ausdruck kommen oder durch ein strikt hierarchisches, auf Befehl und Gehorsam beruhendes Denken vermittelt werden. [Volker Berg-hahn: Militarismus. Die Geschichte einer internationalen Debatte („Militarismus“). Verlag Berg, Hamburg 1981, ISBN 3-608-91479-X.]

Endlagerstandort-Suche vorbeugend zur Abwehr von Kritik und Auseinandersetzung genutzt werden. Damit soll das Planfeststellungsverfahren für die künftigen „Aufgabenerledigungen“ aus dem Weg geräumt werden. Die besorgten Bürger werden mit Akzeptanzbeschaffungs-Versammlungen abgespeist. Politik, Lobby-Einflüsterer und Verwaltung wollen ohne störende Bürger bestimmen, wie das größte Problem der Atomwirtschaft gelöst wird – die Endlagerung. Röttgens Pläne bestätigen die Warnungen, die Robert Jungk schon 1977 in „Der Atom-

Staat“ beschrieben hat. Die Folgerungen für den Widerstand aber können nur lauten: Aufpassen auf das Atom-mülllager in der Asse reicht allein nicht mehr aus. Es sitzen in den Asse-Begleitgremien auch Akteure mit am Tisch, die anders „aufpassen“. Es sind Akteure, für die die Schachanlage Asse II immer noch eine Versuchsanlage ist. Eine politische Versuchsanlage, mit der erprobt werden soll, dem atomkritischen Protest die rechtlichen Möglichkeiten und Bürgerrechte zu entziehen – mit Wirkungen, die weit über die Asse hinausgehen. A. Lanski

# Steinriedendamm: Gefährlicher Schulweg in Braunschweigs Norden

**Aussage des Bahnsprechers:** „Die Sicherheit am Bahnübergang ist optimal.“ (Radio Okerwelle)



Das sieht aus wie eine Gedenktafel und kann auch nicht mehr, als eine Gedenktafel.

Hilflosigkeit und Ignoranz im Braunschweiger Norden haben nun zwar ein Gesicht bekommen, aber eine wirkliche Absicherung der gefährlichen Kreuzung ist das nicht...

Stadt, Bahn und Polizei bleiben damit ihrer Linie treu, lieber nur abzuwarten und zu hoffen, dass niemand überfahren wird, anstatt durch reguläre Verkehrsposten und Absperr-Falt-(oder Girlanden)-Schranken den Schulweg an dieser Stelle zu sichern.

Intern hatte man sich zwischen Stadt, Bahn und Polizei genau auf diese Linie festgelegt:

**Mehr positive Pressearbeit - ansonsten kein zwingender Handlungsbedarf...**

„Der abschließende Bericht zum tödlichen Unfall am 24.2. sieht aufgrund von menschlichem Fehlverhalten keinen zwingenden Handlungsbedarf, die Sicherheit am Bahnübergang zu erhöhen. [...] Durch den tödlichen Unfall ist der Bahnübergang stärker in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Eine gemeinsame und im Anbetracht des langen Realisierungszeitraums positive Pressearbeit (DB/Stadtverwaltung)

zur Sicherung und Neuplanung des Bahnübergangs ist erforderlich.“ (Fazit der Sondergruppe Stadtverwaltung/Bahn/Polizei vom 17.6.2011)

Und noch kurz vor dem vorletzten tödlichen Unfall im Dezember 2011 heißt es in einem Schreiben der örtlichen Polizei vom 7.11.2011:

„Das eingerichtete Provisorium sichert offensichtlich ausreichend den dortigen Bahnübergang...“ (Quelle: Akteneinsicht der BIBS in die Sonderakten der Stadt)

Wie es wirklich geht, auch wenn eine feste Beschränkung noch längere Zeit dauert, zeigt die Girlanden- und Postensicherung des Bahnübergangs vom Januar 2012, hier im folgenden Bild zu sehen.



Quer durch dieses Knäuel von rechts nach links verläuft auch noch ein Schulweg.

## Warum kein „Planverzicht“ für einen zügigen Schrankenbau?

Der „Planverzicht“ ist ein feststehender planungsrechtlicher Begriff auch für Betriebsanlagen der Bundeseisenbahnen. Ein Planfeststellungsverfahren kann demnach entfallen, wenn keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden braucht, öffentliche Belange dem Vorhaben nicht entgegen stehen und wenn mit den Betroffenen entsprechende Vereinbarungen getroffen wurden. (gemäß Planfeststellungsrichtlinien des Eisenbahn-Bundesamtes [www.eba.bund.de](http://www.eba.bund.de))

Die zuständige, entscheidende Planfeststellungsbehörde ist das Eisenbahn-Bundesamt und nicht die Deutsche Bahn AG, die im Fall des Bahnübergangs Steinriedendamm der Antragsteller ist. Ein Planverzicht wurde im Übrigen gerade für den Bau der Sicherheitszone (RESA) am Flughafen durchgeführt, den die Flughafengesellschaft bei der niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr als Planfeststellungsbehörde beantragt hatte.

## Tunnel gefordert

**Verkehrschao in Braunschweigs Norden: ein ganzer Stadtbezirk wurde abgehängt**

Als die Planungen für den umstrittenen Ausbau der Start- und Landebahn am Flughafen in Waggum vor gut 10 Jahren begannen und über die Jahre weiter verfolgt und entwickelt wurden, war eines stets ganz klar: fester Bestandteil der Erweiterung, bei der die Grasseler Straße überbaut werden würde, ist eine alternative Verkehrslösung für die betroffenen Gemeinden. Im Planfeststellungsverfahren für den Flughafenausbau wurde der Ausbau der Flugbahn stets fest mit einer neuen Straßenvariante verbunden.

Das schien auch logisch und unverzichtbar, stellte doch die Grasseler Straße die einzig direkte und damit die wichtigste Verkehrsverbindung von den nördlichen Randbezirken in die Stadt dar. Dies gilt für den Autoverkehr und insbesondere auch für die fahrenden Schulkinder und BürgerInnen. Zunächst wurde die Untertunnelung als einzig mögliche Alternative propagiert.

Der damalige Stadtbezirksrat Bienrode-Waggum-Bevenrode hatte in den Jahren 2002 und 2004 eine Verlängerung der Start- und Landebahn nur unter der Bedingung zugestimmt, dass die zu unterbrechende Grasseler Straße durch eine Untertunnelung der querenden Bahn weiterhin befahrbar bleibt.

Die Stadt Braunschweig lehnte die Tunnelösung im Frühjahr 2004 wegen angeblich zu hoher Kosten ab, dieses allerdings nicht auf der Grundlage eines Gutachtens sondern einer groben Kostenschätzung (Unterlage hat der Verfasserin vorgelegen). Seit diesem Zeitpunkt wurde von der Stadt Braunschweig die so genannte Ost-Umfahrung favorisiert, eine Verlegung der Grasseler Straße östlich um die verlängerte Landebahn.

Diese war auch Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens, das durchgeführt und im Januar 2007 beschlossen wurde. Ein Naturschutzverband und mehrere von Enteignung bedrohte Privateigentümer klagten gegen den Beschluss. In der letzten beschrifteten In-

stanz, dem OVG Lüneburg, wurden die Klagen im November 2009 bekannterweise abgelehnt. In diesem Zuge wurde jedoch die angestrebte Ostumfahrung aufgrund mangelnder Alternativenprüfung gekippt: eine neue Variantenuntersuchung wurde gefordert.

Trotzdem von nun an die Lösung des Verkehrsproblems plötzlich wieder total ungeklärt war, wurde der Ausbau der neuen Start- und Landebahn mit Hochdruck begonnen und im vergangenen Jahr für abgeschlossen erklärt – obwohl eine Inbetriebnahme noch immer nicht erfolgt ist. Wie stellt sich die aktuelle Situation dar?

**Erträgliche Verkehrslösung nötig**  
Eine tragbare Verkehrslösung für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger ist bis zum heutigen Zeitpunkt nicht in Sicht. Der von Bevenrode, aber auch aus dem Bereich Grassel kommende Verkehrsfluss wird nun direkt durch das enge und kurvige Waggum geführt. Die Straße, die zur Erschließung des neuen Gewerbegebietes zwischen Bienrode und Waggum vorgesehen war, wird nun „Bienroder Spange“ genannt und nimmt den Verkehr in Richtung Süden auf.

Über die Herrmann-Blenk-Straße oder alternativ über die Forststraße geht es dann weiter Richtung Kralenriede und Querum, wodurch Umwege von 2 bis 3 Kilometern je Strecke in Kauf zu nehmen sind. Neben dem verlängerten Fahrtweg ist die Sicherheitssituation, besonders für radfahrende Schulkinder, prekär. Derzeit ist die Strecke gespickt mit wechselnden Baustellen.

Aber auch durch das stark erhöhte Verkehrsaufkommen leidet die Sicherheit. Der derzeit im Fokus stehende Bahnübergang Steinriedendamm, an dem im Laufe eines Jahres drei Todesfälle von Fußgängern bzw. Radfahrern zu beklagen sind, muss jetzt von unseren radfahrenden Schulkindern zwingend überquert werden. Eltern haben hier Angst um ihre Kinder.

Eine alternative Strecke führt von Bevenrode aus über die Hondelager Straße (den so genannten „Krötenweg“) und weiter über die Tiefe Straße wieder zur Anschlussstelle am alten Waggumer Weghaus. Auch dieses ehe-

mals beschauliche Sträßchen ist derzeit deutlich stärker frequentiert und vom Ausbauzustand der Straße her klar überlastet. Die Benutzung durch Fahrradfahrer ist hier auszuschließen. Auch der stets versprochene Radweg direkt um den neuen Flughafenzaun herum ist nicht in Sicht.

**Was ist geplant?**

Es ist derzeit überhaupt nicht klar, wie die abschließende Verkehrslösung aussehen wird. Auf der Bürgerfragestunde im Januar war vom Ersten Stadtrat Herrn Lehmann zu erfahren, dass für eine Finanzierung der Verkehrslösung durch die (noch zu erwartenden? bereits gezahlten?) Fördermittel die Baumaßnahmen Ende 2012 bereits abgeschlossen sein müssen. Von dieser Seite ist wohl nichts mehr zu erwarten.

Es wurde ja schon offen gemunkelt, der Verkehr „ruckelt sich zurecht“. Derzeit wird die Gewerbestraße „Bienroder Spange“ vom Feinsten ausgebaut – ein Zeichen dafür, dass dies unser zukünftiger Ersatz für die Grasseler Straße sein wird?

Die BI fordert nach wie vor, eine Unterführung der Start- und Landebahn auf der „alten“ Strecke der Grasseler Straße wieder in die Planungen aufzunehmen und endlich einer belastbaren Prüfung zu unterziehen. 2500 betroffene Bürger haben sich in einer Unterschriftenaktion dazu bekannt.

Seit die Ostumfahrung auch im Sinne der Nachprüfung definitiv vom Tisch ist, hat sich gezeigt, dass es einfach keine andere vertretbare Verkehrslösung gibt.

**Hinterhoflage hinnehmen?**

Die Bürger sind derzeit die Gekniffenen und bezahlen das Geld, das die Flughafengesellschaft durch die fehlende Verkehrslösung einspart, mit ihren Umwegen nun selbst. Eine volkswirtschaftlich sinnvolle Lösung sieht sicher anders aus. Im Masterplan aus dem Jahre 2000 wurde festgestellt, dass die Nordbezirke von Braunschweig ohne „Tunnel“ durch den Flughafenausbau in eine „Hinterhoflage“ geraten werden.

Diese Hinterhoflage haben wir jetzt. Setzen wir uns dafür ein, dass Abhilfe geschaffen wird.  
Silke Arning



Ca. 2500 Unterschriften für einen Tunnel gesammelt (Bild: Waggum-online.de)

## Sommerbad Waggum soll erhalten bleiben

**Das Schwimmbad der Gemeinde Waggum wird weiterhin betrieben, so steht es in der Anlage im §7 zum Gebietsveränderungsvertrag zwischen der Stadt Braunschweig und der Gemeinde Wag-**

**gum aus dem Jahr 1974.**

Entsprechend einem Ratsbeschluss aus 2007 sollen im kommenden Jahr nach der geplanten Eröffnung des Freizeit- und Erlebnisbades an der Hamburger Straße jedoch vier Stadt-

### Gebietsveränderungsvertrag

zum Anlaß der Eingliederung der Gemeinde  
W a g g u m , Landkreis Braunschweig  
in die Stadt Braunschweig

Aufgrund der Beschlüsse  
der Stadt Braunschweig vom 29. 1. 1974  
- nachstehend "Stadt" genannt -

und

der Gemeinde Waggum vom 29. 1. 1974  
- nachstehend "Gemeinde" genannt -  
wird gemäß § 19 Nieders. Gemeindeordnung (NGO)  
folgender

§ 7 Das Schwimmbad der  
Gemeinde Waggum wird  
weiterhin betrieben.

(1) Die Gemeinde Waggum wird durch das Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden im Raum Braunschweig/

# Massentierhaltung Küken-Aktion der Grünen Jugend

„Ich wollt' ich wär kein Huhn“ ...sprach das Huhn und blickte auf zum ewigen Dämmerlicht, das es daran hindert, seinen natürlichen Tag-und-Nacht-Rhythmus auszu- leben. Um zu verhindern, dass Hühner weiter so grausam gehalten werden, hat die GRÜNE JUGEND Braunschweig sich eine kreative Aktion ausgedacht: Ein Hühnerkostüm wurde so gestaltet, dass es aussah, wie die meisten Hühner in Massentierhaltung aussehen: Wunden und Ekzeme am ganzen Körper, schwache Beine, extrem viel Brustfleisch. Würden diese Zustände auf die Eierkartons gedruckt, wie viele Eier würden noch verkauft werden? Leider wissen viele BraunschweigerInnen davon noch nicht, trotz der Proteste gegen Europas größte Schlachtanlage in Wietze. Gerade deshalb war es uns wichtig, die Leute mitzunehmen, damit sie sich nicht angegriffen fühl-

ten. So erhielt das Kostüm-Huhn Unterstützung von einem tollen Team, das Informationsmaterial und vegane Leckereien verteilte, Fragen beantwortete, und so mit den Menschen ins Gespräch kam. Die verblüffendste Frage stellte uns ein Kind: „Wenn du hier auf dem Kohlmarkt bist, wo die Sonne scheint, und es im Stall so schlimm ist, warum läufst du dann jetzt nicht einfach weg?“ Schade, dass es nicht so einfach ist! Deswegen streitet die GRÜNE JUGEND Braunschweig weiter dafür, dass die Lebensbedingungen der Tiere besser werden: BIO muss der Standard werden, weil die Hühner so natürliche Verhaltensweisen eher ausleben können. Außerdem dürfen keine Rassen mehr verwendet werden, die an chronischen Schmerzen auf Grund ihres Körperbaus leiden. In Braunschweig soll sich



Kostüm-Huhn auf dem Kohlmarkt am 24.3.2011

endlich der **Veggiday** (s. rechte Spalte) etablieren, bei dem an einem Tag in der Woche auf Fleisch verzichtet wird. Wenn ihr uns dabei unterstützen wollt, schaut auf: „facebook.com/grueneju-

gend.braunschweig“ oder kommt bei unserem wöchentlichen Treffen vorbei, in der Kuhstraße 28, bei Düring, donnerstags um 19 Uhr.  
GRÜNE JUGEND Braunschweig

## Stiftungsgelder für Gentechnik zweckentfremdet?

Ort und Ansprechpartner	Vorhaben	Zuordnung zur
Üplingen BraunschweigerStiftung	Umnutzung der Brenneise zur öffentlichen Begegnungsstätte 1. Anbauzone Parade	Mais-Einstreubrandel 1

Folgender Beitrag erreichte uns dazu von aktiven Gentechnik-Kritikern:  
„Im Jahr 2011 wurde ein neues Tagungszentrum im Hofgut Üplingen ausgebaut. Dort trafen sich dann im September 2011 auch die Gentechnik-Seilschaften zu ihrem deutschlandweiten Treffen „Inno-Planta-Forum“.

Doch nach außen wurde alles ganz anders deklariert: Bauherr war die **Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz**. Ein großes Schild am Bauplatz bewarb den Ausbau als Schaffung eines „dörflichen Begegnungszentrums“. Fördergelder von EU und Land Sachsen-Anhalt flossen in den Ausbau (siehe Foto vom Schild). Gentechnik-kritikerInnen und den Grünen im Landtag kam das seltsam vor. Letztere fra-

gen nach. Doch in der Antwort auf die kleine Anfrage der Grünen im Landtag von Sachsen-Anhalt über dubiose Finanzierungspraxen stellte die Landesregierung klar, dass das Begegnungszentrum mit den Gentechnikseilschaften und der Firma BioTechFarm nichts zu tun hätte. Außerdem sei die „Begegnungsstätte“ offen „für verschieden Veranstaltungen“ (Auszug aus der Antwort - immerhin ein offizielles Landesregierungs-dokument). Das müsste sich ausprobieren lassen, dachten sich gentechnikkritische Gruppen - und wollten für den 21.4.12 einen Raum anmieten. Doch das wurde untersagt. Von wem? Der BioTechFarm. „Das ist wohl ein interessanter Patzer: Erkennbar werden die Seilschaften – SBK finanziert Seilschaften-Treffpunkt und verschleiert das, Landesregierung lügt und alles fällt auf, weil die zu-

dumm sind, ihre Machenschaften klug umzusetzen.“ www.biogeldfarm.de  
**Keine Antwort von den Verantwortlichen der Stiftung**  
Wie schon mehrfach in vorigen Ausgaben von „Unser-Braunschweig“ dargestellt, sind Oberbürgermeister Hoffmann, Ex-Ministerpräsident Glogowski und Landesbischof Weber die Stiftungsvorsitzenden und weitere Personen wie TU-Präsident Hesselbach und Landrat Röhmnn sitzen im erweiterten Stiftungsrat. Diese Herrschaften haben die Verbindungen zu dem „Gentechnik-Lobbyverein Innoplanta“ zu verantworten, der zur „Gentechnikmafia“ gehört (gerichtlich bestätigte Titulierungen, s. auch U.B. Nr. 4/2011: Stiftung paktiert mit mafiossem Lobbyverein). Innoplanta ist Pächter des Stiftungsgutes und Betreiber der „BioTech-Farm“ in Üplingen.

Das Vorhaben „Umbau und Umnutzung des ehemaligen Maischraumes der Brenneise zum dörflichen Begegnungszentrum“ der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (Bewilligungszeitraum 1. Juli 2010 bis 24. November 2011, gefördert in Höhe von 152.394,60 €) wurde bei der Auswahl vorrangig berücksichtigt, da es sich um ein Lecker-Vorhaben handelt. Das bedeutet, dass dieses Vorhaben in besonderer Weise durch die Region mitgetragen wird. Üplingen 2049 ist ein genehmigtes Leitprojekt des integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK) und damit für Lecker 2007 bis 2013 prädestiniert. Die Begegnungsstätte gehört nicht zum Schaukasten oder zur Bio-TechFarm, ist aber öffentlich und kann somit für verschiedene Veranstaltungen angemietet werden.

teilbäder und damit auch das Sommerbad Waggum geschlossen werden? Warum eigentlich?  
In Waggum hat das Sommerbad mit seinem im letzten Jahr gefeierten 75-jährigen Bestehen eine besondere Bedeutung für seine Bürger. Vor allem für die Kinder sind die kurzen Wege wichtig, um sicher Schwimmen zu lernen und den Sommer ortsnah zu verbringen. Das Bad hat überdies im Ort auch eine kulturelle und soziale Bedeutung. Viele Vereine wirken aktiv an dem Erhalt mit, so dass die Aktivitäten rund ums Bad ein Treffpunkt sind und Kennenlernen für Jung und Alt ermöglichen. Schon vor 2007 war einmal beabsichtigt, das Bad zu schließen: Aufgrund des so genannten Konsolidierungsprogramms der damaligen Ratsmehrheit von CDU und FDP stand Ende des Jahres 2001 auch der Bestand des Waggumer Sommerbades zur Diskussion, weil für die Bäder 405.000,00 € eingespart werden sollten. Aufgrund einer vom Bezirksrat angeregten Unterschriftenaktion mit ca. 2000 Teilnehmern und einer gemeinsamen Sitzung von Bezirksrat, DLRG, Vorstandsgemeinschaft Waggum und dem damals frisch gegründeten Förderverein Schwimmbad konnte diese Absicht abgewendet werden. Bereits im Gründungsjahr konnte der

Förderverein die Finanzierung der Aufsicht durch die DLRG mithilfe großzügiger Spenden aus der Bürgerschaft sichern und verschiedene Aktionen im Freibad organisieren. Das ist bis heute so geblieben. Die jährlichen Ortsbegehungen zu Saisonbeginn von Stadtbad GmbH, DLRG, Vorstandsgemeinschaft und Förderverein trugen im Verlauf der Jahre wesentlich zum Erhalt des Bades bei und sie erleichterten die Koordination der Arbeiten und das Verständnis zwischen Stadtbad und Vereinen. Mit einer Arbeits- und Terminliste zum „Frühjahrsputz“ konnten in jedem Jahr konkret und nach eigener Anschauung die nötigen Arbeiten begutachtet und verteilt werden. Der Zuwachs der Mitglieder im Förderverein zeigt das Interesse an unserem Bad. Die Mitgliederzahl ist auf inzwischen auf über 130 angewachsen und weiter steigend. Auch die Diskussionen über zu hohe Betriebskosten sind nichtig. Aus „Kostengründen“ sollte das Bad bereits 2001 geschlossen werden und ist jetzt bereits im elften Jahr durch den Einsatz der Vereine in Kooperation mit der Stadtbad GmbH erhalten worden. Warum also soll das Bad dann nach 2013 schließen? Welche Ersatzprogramme sind geplant, um auch die fehlenden sozia-

len Aktivitäten aufzufangen?  
Betrachtet man die Entscheidungsfindung zum Erlebnisbad und Schließung der Stadteilbäder, dann gibt ein Protokoll aus dem „alten“ Stadtbezirksrat 112 (Bienenrode-Waggum-Bevenrode) im Februar 2007 Aufschluss: Änderungsantrag zur Beschlussvorlage, interfraktionell: „Das Freibad Waggum soll in ein Naturbad umgebaut werden und weiterhin in der Trägerschaft der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH bleiben. Für den Rückbau könnten möglicherweise EU-Fördermittel beantragt werden.“ (Abstimmungsergebnis: 6 dafür, 2 dagegen, 1 Enthaltung“.)  
Im Rat wird dann mit Mehrheit im Juni 2007 folgender trotzdem Beschluss gefasst: „Erlebnisbad bauen und Stadteilbäder schließen!“ (Kurzform)  
Dagegen gibt es anschließend ein Bürgerbegehren, das abgelehnt wird. Die Vertretungsberechtigten reichten das Begehren mit über 31.000 Unterschriften am 26. Juni 2007 bei der Stadt Braunschweig ein. Heute stimmt folgendes sehr nachdenklich:  
• Gute 39.000 Stimmen in einer Bürgerbefragung in Braunschweig reichen im Jahr 2011 aus, damit das Eintracht Stadion ausgebaut wird. • Über 31.000 Unterschriften reichen in 2007 in

Braunschweig nicht aus, um sich im Rat mit dem Wunsch der Bürger für den Erhalt ihrer Stadteilbäder noch einmal näher auseinanderzusetzen.  
In Waggum, seinen Nachbargemeinden Bienenrode und Bevenrode und weiteren Stadtteilen gibt es ein starkes Bürgerinteresse, das Sommerbad zu erhalten. Der Erhalt wurde entsprechend Eingemeindungsvertrag von 1974 auch seitens der Stadt zugesichert. Die Schließung hat bis heute keine Zustimmung im Bezirksrat erfahren – weder im alten noch im neuen.  
Die Bürger haben durch ihre aktive Mitwirkung in den Vereinen und dem Förderverein gezeigt, dass sie in der Zusammenarbeit mit der Stadtbad GmbH das Sommerbad in einem akzeptablen Kostenrahmen betreiben können. Das funktioniert seit jetzt 11 Jahren, warum soll das nicht weitere Jahre so gemacht werden?  
Wir setzen darauf, dass die verantwortlichen Ratsmitglieder ihrer Entscheidung überdenken und die Wünsche der Bürger nach dem weiteren Betrieb des Bades zustimmen. Aufgrund der geänderten politischen Mehrheiten im Rat der Stadt Braunschweig sollte das möglich sein.  
Gert Bikker, Vorsitzender Förderverein „Schwimmbad Waggum e.V.“

## Donnerstag ist Veggiday, auch in BS

Ein Wochentag voller Genuss für Menschen, Tiere, Klima, Gesundheit. Mehr wissen, besser essen, bewusst genießen.

Argumente für einen fleischfreien Tag zusammengefasst:

- Klimaschutz:** Die Fleischproduktion trägt mit 18% des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes weltweit zur Klimaveränderung bei (der gesamte Verkehr weltweit schlägt mit „nur“ 13 % zu Buche).
- Weltweite Folgen:** Die Futtermittel für die Fleischproduktion werden überwiegend in Monokulturen mit gentechnisch veränderten Pflanzen hergestellt. Die indigene Bevölkerung wurde und wird von ihrem Land vertrieben.
- Gesünder leben:** Gesund sind 300 bis maximal 600 g Fleisch in der Woche. Der durchschnittliche Verbrauch liegt heute aber bei 1400 g.
- Bewusst ernähren:** Heutzutage wird das Fleisch zu 90 bis 98% (je nach Tierart) in Massentierhaltungen hergestellt. Lieber weniger Fleisch, und wenn, dann aus artgerechter und biologischer Haltung aus der Region!

Wenn alle Menschen auf der Welt so viel Fleisch essen wollten wie wir in Europa, bräuchten wir einen zweiten Planeten. Achten wir doch mehr auf eine nachhaltige Landwirtschaft und essen Lebensmittel aus der Region und in der Saison. Entdecken wir neue Geschmackserlebnisse. Speisen, die vegetarisch bzw. vegan hergestellt werden bieten garantiert neue geschmackliche Alternativen.

Wir sind zu erreichen unter Tel (0531) 12 33 790. Internet: www.slowfood.de (Convivium Braunschweiger Land)

## CDU für Erhalt des Wendener Stadteilbades

CDU will neue politische Mehrheiten nach der Kommunalwahl für Bädererhalt nutzen.

Die CDU-Fraktion im Bezirksrat Wenden/Thune/Harxbüttel begründete ihren Vorstoß mit der bemerkenswerten politischen Einschätzung: „Aufgrund der geänderten politischen Mehrheiten im Rat der Stadt Braunschweig wird die CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 323 die Wünsche der Bürger in unserem Bezirk erneut aufgreifen und versuchen, den Betrieb des Hallenbades in Wenden fortzuführen.“ (Tagesordnung St.Bez.rat 17.4.2012)

# Baumschutzsatzung dringend erforderlich

**Baumschutz ist Klimaschutz und Artenschutz. Schutz aller und besonders älterer Bäume im Stadtgebiet muss gesichert werden.**

Bäume – eine zentrale Komponente im Klimaschutz. Gerade größere, stattliche Bäume haben in einem Stadtgebiet eine Schlüsselstellung im Hinblick auf den Klimaschutz. Sie nehmen aus der Luft CO<sup>2</sup> auf, produzieren Sauerstoff, nehmen Regen- und Schmelzwasser auf, verhindern dadurch Staunässe und Überschwemmungen, geben Wasserdampf wieder ab und sorgen dadurch für einen Kühlungseffekt, sie filtern Feinstaub aus der Luft und gewährleisten durch diese Funktionen ein ausgeglicheneres und besseres Stadtklima.

Wenn man bei einem ca. 80-100jährigen Baum von einer CO<sup>2</sup>-Aufnahme von 6 kg/Tag ausgeht, beträgt die CO<sup>2</sup>-Aufnahme/Jahr und Baum gut 1 Tonne. Eine 100jährige Eiche bindet beispielsweise 5 Tonnen CO<sup>2</sup>/Jahr als organische Substanz in Holz, Blättern und Rinde. Ein solcher Baum gibt pro Jahr 4,5 Tonnen Sauerstoff ab. Dies entspricht dem Jahresbedarf an Sauerstoff von 11 Menschen.

**Wie sieht es diesbezüglich in Braunschweig nach 10 Jahren ohne Baumschutzsatzung aus?**

Haben die Baumfällungen zugenommen? Ist die Stadt mit gutem Beispiel vorangegangen? Eine frei zugängliche, offizielle Statistik gibt es nicht. Aber dennoch, wenn man die zugänglichen Quellen heranzieht – die Bilanz der Stadt Braunschweig der 10 Jahre ohne Baumschutzsatzung ist katastro-



Bild: Kerstin Hinze

phal, hier nur einzelne Beispiele aus diesem Zeitraum: 255 Bäume des Schlossparks werden in der Brutzeit gefällt - an der Böschung der A 39 werden 100 Bäume gefällt, um Sicht auf ein Firmenschild herzustellen. Im Prinz-Albrecht-Park werden 2008 viele Bäume zur Herstellung von „Sichtachsen“ im Sinne eines historisierenden Parkumbaus etc. gefällt - an der Wabe mussten 91 Bäume fallen, damit nach Privatisierung die Wege maschinengerecht für „moderne“ Hubsteiger gestaltet und Pflegeintervalle verlängert werden konnten.

An den Riddagshäuser Teichen sollten 2009 mehr als 90 sehr alte Pappeln gefällt werden, weil angeblich die Straßen- und Radwegsanierung sonst nicht durchgeführt werden könnte. Erst

massiver Bürgerprotest konnte dies verhindern. Straße und Radweg sind wunderbar saniert. Die Bäume freuen sich ihres Lebens.

Und zu guter Letzt: in den Jahren 2010 und 2011 mussten 42.000 z.T. über 200 Jahre alte Bäume im Querumer Wald für die Verlängerung einer Startbahn fallen, deren Sinn sich heute nicht einmal mehr denjenigen erschließt, die damals dafür waren.

Die Zahl großer Bäume in den Gärten der Baugenossenschaften ging stark zurück. Die städtische Baumschule war eines der ersten Opfer der Kahl-schlagpolitik des Rathauses.

Von Baumfäll-Wahn und teuren Verpflanzungen profitierten einzelne Garten- und Landschaftsbauunternehmen, die plötzlich viele Großaufträge für Arbei-

ten erhielten, die vorher das Grünflächenamt selbst erledigte.

Infolge der Frevel der letzten 10 Jahre hat Braunschweig einen immensen Nachholbedarf in Sachen Baumschutz. Umso mehr, da der Waldanteil Braunschweigs auch unter Einschluss der vielen eher ländlich geprägten Bereiche in den Grenzen der Stadt bei nunmehr nur noch 7% liegt, und damit weit unter dem Durchschnitt deutscher Kommunen (ca. 30%).

D. h., entgegen aller Behauptungen: Braunschweig ist keine grüne Stadt mehr. Eine bürgernahe Baumschutzsatzung kann da nur der Anfang sein, dies zu ändern.

=> Alte Bäume und ihre Funktion als Biodiversitätszentren sind zeitnah nicht ersetzbar!!

## Nakba-Ausstellung...

... kommt nach Braunschweig

Vom 7. Juni bis zum 4. Juli 2012 wird die Nakba-Ausstellung in der Brunschviga gezeigt werden. Veranstalter ist das Friedenszentrum e.V. Braunschweig. Die Ausstellung, die vom Verein „Kinderhilfe im Libanon“ konzipiert und vom Evangelischen Entwicklungsdienst gefördert wurde, thematisiert auf 17 Tafeln die Vertreibung der Palästinenser aus ihren ehemaligen Gebieten in den Jahren 1947/1948. Für die Israelis, denen ein – über das im Teilungsplan der UN hinausgehendes - Gebiet zufließt, ist der Sieg im Kampf gegen die Araber (einschließlich der Palästinenser) ein fester Bestandteil ihres Gründungsmythos geworden. Auch auf palästinensischer Seite gehören die Ereignisse dieser Jahre, von ihnen als „Nakba“ = Katastrophe bezeichnet, zum Gründungsmythos: Daraus leiten sie ihr Dasein als Opfer ab. Die Nakba ist für sie die Urkatastrophe, die noch immer ihre Identität und Existenz bestimmt. Israel hingegen tritt mit diesem Sieg aus seiner bisherigen Opferrolle heraus und leitet aus ihm seinen angeblichen Status als ein „von Feinden umgebenes Land“ ab, dem nur die Möglichkeit bleibt, sich (militärisch) zur Wehr zu setzen. Die Nakba-Ausstellung gibt mit Bildern und Texten „das historische Narrativ der Palästinenser“ wieder.

**Sie wurden bisher in über 70 Städten gezeigt.**

An einigen Orten gab es Widerstand, der durch pro-israelische Gruppierungen befeuert wurde. An anderen Orten speziell ist Stuttgart zu nennen, war es der DGB, der die Ausstellung in seinem Haus aufnahm. Unter Beratung des Georg-Eckert-Institut entwickelte vor einigen Jahren eine israelisch-palästinensische Gruppe von Lehrern und Wissenschaftler ein israelisch-palästinensisches Geschichtsbuch (im Internet unter „Das historische Narrativ des Anderen kennen lernen“ abrufbar), in dem die Sichtweisen beider Seite einander gegenübergestellt sind. Das Buch rückt drei historische Brennpunkte in den Mittelpunkt, darunter auch die Jahre 1947/48. Dieses Buch, das man als Konsens im Dissens bezeichnen könnte, macht deutlich, dass nicht nur eine Seite die Meinungsführerschaft beanspruchen kann, sondern zunächst die Auffassung der anderen Seite zur Kenntnis nehmen muss. Mit der Nakba-Ausstellung erhält diejenige Seite eine Stimme, die in der Bundesrepublik – meist aus historischen Gründen – überhört wird. Wenn wir ihre Präsentation unterstützen, dann in der Absicht, deutlich zu machen, dass verschiedene Sichtweisen möglich und berechtigt sind. Die Älteren erinnern sich an deutsch-polnische oder deutsch-tschechische Differenzen um Geschichtsbücher Vor einem palästinensisch-israelischen Konsens liegt noch ein weiter, heute nicht absehbarer Weg. (Übrigens wurde das Geschichtsbuch von den zuständigen Ministerien beider Seiten verboten.) Das Friedenszentrum stellt der Ausstellung ein umfangreiches Begleitprogramm zur Seite. Professor Falk Pingel, der frühere Direktor des Georg-Eckert-Instituts, wird über das genannte israelisch-palästinensische Schulbuch sprechen. In Podiumsdiskussionen soll auch die jüdisch/israelische Seite zu Wort kommen. Lesungen jüdischer Autorinnen sollen deren historische Erfahrungen zu Gehör bringen. Als Höhepunkt ist am 2. Juli ein Abend mit dem Friedensforscher Johan Galtung geplant.

Ingeborg Gerlach

## Wem nützt der Europäische Stabilitäts-Mechanismus?

**Sind die Rettungsschirme wirklich notwendig, um die europäische Wirtschaft zu sichern?**

Ich meine nein. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist für den Euro zuständig. Sie hat den europäischen Banken in diesem Jahr 1000 Milliarden € neues Geld zu einem 1 Prozent Zinsen verliehen. Ohne großes Prozedere, ohne irgendwelche Parlamente, halt unabhängig (von wem?). Verleiht nun eine Bank nur eine Milliarde davon an Spanien zu 5% aus, so hat sie für das Weiterverleihen 40 Millionen € in einem Jahr verdient. So leicht kann man sein Geld anderswo nicht verdienen.

**Die Alternative wäre,** dass dieses Geld für 1% an die Staaten ausgeliehen würde, damit würde die Zinsbelastung enorm sinken und die gefährdeten südeuropäischen Staaten hätten eine reale Möglichkeit einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, ohne durch dramatische Sparmaßnahmen ihre Wirtschaft abzuwürgen und damit übrigen auch in der Folge die deutsche Wirtschaft.

Das ganze Gerede um die Eurokrise wäre damit weitgehend zu Ende, denn die Staaten müssten nicht mehr bei den Banken um Geld betteln, das diese zum Teil selbst von der EZB, der Bank der Eurozone, geliehen haben. Dann kann auch ganz in Ruhe geprüft

werden, wie mit den alten Schulden umgegangen wird, ohne sie auf alle Steuerzahler der Eurozone zu verteilen.

Das Verleihen von Geld durch die Europäische Zentralbank ist eine Form des Gelddrucks, das so lange gut geht, wie die Kaufkraft des Landes im Gleichgewicht zu den produzierten Waren des entsprechenden Landes steht, ansonsten kommt es zur Auslandsverschuldung oder zur Inflation. Eine ausgeglichene Wirtschaft ist also auf Dauer sehr wohl notwendig. Da die EZB dieses Jahr 1000 Milliarden an die Banken verliehen hat, scheint sie diese Gefahr noch nicht für gegeben zu halten.

Der Fiskalpakt, der ebenfalls bis Mitte des Jahres für die Eurozone beschlossen werden soll, um ausgeglichene Haushalte der Eurostaaten zu erzwingen, macht für völlig überschuldete Staaten keinen Sinn, egal ob man ihn an sich für richtig hält oder nicht. Einem zahlungsunfähigem Schuldner mit einer hohen Geldstrafe zu drohen hat schon etwas Albernese.

Brutale Sparmaßnahmen, wie in Griechenland, sind Straffaktionen gegen schuldlose Lohnabhängige und den Mittelstand, aber keine Wirtschaftssanierung, die irgendjemandem nutzt. Wenn man Griechenland kaputt saniert, dann müssen eben die übrigen

Europäer um so mehr Geld zahlen - an Griechenland? Nein, überwiegend an die Banken!

**Jeder Bundesbürger haftet statistisch für 5000 €.**

Der ESM-Vertrag (Europäischer Stabilitätsmechanismus) soll bis zur Jahresmitte von den Staaten der Eurozone verabschiedet werden.

Im Vorwort des Vertrages steht „das anfängliche Darlehensvolumen des ESM wird auf 500 Milliarden einschließlich der ausstehenden ESFS-Stabilitätshilfe festgesetzt“.

Im Vertrag steht dann aber klar und deutlich: „Das genehmigte Stammkapital beträgt 700 Milliarden EUR.“ (Artikel 8).

Da der ESM nach Artikel 9 „genehmigtes nicht eingezahltes Kapital jederzeit abrufen“ kann, sind es 200 Milliarden mehr als die 500 Milliarden, die unser Finanzminister Schäuble zu gibt. Der deutsche Haftungsanteil beträgt hierbei 190 Milliarden.

Da inzwischen beschlossen wurde, die noch nicht ausgegebenen 240 Milliarden aus der ESFS-Stabilitätshilfe nicht mehr beim ESM anzurechnen, ergibt sich ein Gesamtvolumen von 940 Milliarden Euro, das jetzt noch verteilt werden kann.

Deutschland haftet beim ESFS (Rettungsschirm Juni 2010 bis 2013) zusätzlich für 211 Milliarden.

Also insgesamt würde dann Deutschland für 401 Milliarden haften.

Jeder der etwa 80 Millionen Bundesbürger würde damit statistisch für 5000 € haften oder die Braunschweiger Bürger statistisch für 1,25 Milliarden €.

Aber nicht nur die gigantische Höhe des ESM ist ungeheuer riskant, sondern auch die fehlenden Möglichkeiten der Kontrolle, insbesondere der parlamentarischen Kontrolle:

Die externen Prüfer werden vom Gouverneursrat des ESM selber bestimmt. (Artikel 29 und 30)

Der ESM besitzt „die uneingeschränkte Rechts- und Geschäftsfähigkeit ...“. (Artikel 30)

Die Vermögenswerte des ESM genießen „Immunität von gerichtlichen Verfahren jeder Art“. (Artikel 32)

Alle Mitglieder des ESM und für den ESM Beschäftigte unterliegen der Schweigepflicht, auch nach der Beendigung ihrer Tätigkeit. (Artikel 34)

Die Mitglieder des ESM und ihre Bediensteten haben „Immunität von der Gerichtsbarkeit“ bezüglich ihrer Tätigkeiten für den ESM. (Artikel 35).

Der ESM-Vertrag kann unter [www.Bundesfinanzministerium.de](http://www.Bundesfinanzministerium.de) nachgelesen werden.

B. Krauß

(Siehe dazu auch in der letzten Ausgabe dieser Zeitung Nr. 6/2012 „Occupancy auch in Braunschweig“)